

Aus: [Ausgabe vom 23.11.2018](#), Seite 7 / Ausland

Gegenwind für Duque

In Kolumbien wächst der Widerstand gegen Kürzungspolitik der Regierung. Gewerkschaft ruft zu Generalstreik gegen Steuererhöhungen auf

Von Jan Schwab



Großdemonstration gegen Duque: Am 15. November gingen in Bogotá Tausende Studierende gegen die Regierung auf die Straße

Foto: Luisa Gonzalez/REUTERS

In Kolumbien bestreiken Studierende und Lehrende seit mehr als einem Monat die öffentlichen Universitäten, Tausende gehen regelmäßig auf die Straße. Anlass für die Protestaktionen ist der Haushaltsplan für das kommende Jahr, den die seit einigen Monaten amtierende Rechtsregierung von Präsident Iván Duque vorgelegt hat. Er sieht für Ausgaben im Bildungsbereich 500 Milliarden kolumbianische Pesos (etwa 137 Millionen Euro) vor. Jedoch ist lediglich ein gutes Zehntel davon fest den öffentlichen Universitäten zugeteilt. Die restlichen Gelder sollen dem Bildungsministerium flexibel einsetzbar zur Verfügung stehen. Die Protestierenden fordern allerdings mindestens 500 Milliarden Pesos direkt für die Hochschulen und verweisen auf die bereits jetzt hohe Verschuldung der Universitäten.

Ihren Ausgang nahm die Streikwelle am 10. Oktober, als landesweit Zehntausende Menschen zu einem zunächst eintägigen Ausstand mobilisiert werden konnten. Ende Oktober teilte die Studierendenvereinigung »Uness« mit, dass 27 der 32 landesweiten Universitäten bestreikt würden. Die Proteste breiteten sich bis Mitte November immer weiter aus, auch weil die Regierung lange Verhandlungen mit den Studierenden verweigerte. Erst am vergangenen Montag begannen Vertreter von Kabinett, Studierenden und Professoren Gespräche über die Lage – bislang erfolglos.

Derweil haben sich den weiterhin stattfindenden Großdemonstrationen der Studierenden auch Arbeiter und Teile der Mittelschicht angeschlossen. Ihr Protest richtet sich gegen ein weiteres Maßnahmenpaket Duques, das Steuern für Unternehmen senken und den ärmeren Schichten der Bevölkerung höhere



[Ausgabe als PDF »](#)

[Archiv seit 1997 »](#)

Ausgabe vom 24.11.2018

Onlineabo

[Passwort vergessen? »](#)

Regio aktuell
Argentinien
Brasilien
Bulgarien
Chile
China
EU
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Indien
Iran
Israel
Italien
Japan
Jemen
Jordanien
Kanada
Kolumbien
Kuba
Marokko
Österreich
Polen
Rußland
Saudi-Arabien
Schweiz
Spanien
Südafrika
Syrien
Tschechien
Türkei
Ukraine
Ungarn
USA
VAE
Venezuela

In der Debatte:

Ausverkauf um jeden Preis

Es wird hässlich

Ausgaben auferlegt. Die Vorschläge von Finanzminister Alberto Carrasquilla Barrera zur Konsolidierung des Haushalts sehen eine Ausweitung der Mehrwertsteuer vor. Künftig sollen die Abgaben auch auf zahlreiche Waren des täglichen Grundbedarfs erhoben werden. Zugleich soll die Gewerbesteuer von 34 auf 30 Prozent gesenkt werden.



Unter dem Titel »Programm zur Erneuerung der öffentlichen Verwaltung« (PRAP) bereitet die Regierung darüber hinaus einen weitreichende Abbau öffentlicher Dienstleistungen vor. Der Gewerkschaftsdachverband CUT warnt, dass diese Maßnahmen bis zu 50.000 Arbeitsplätze kosten könnten. Gegen die »monströse Steuerreform« ruft die CUT gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen zum Protest auf: »Wir werden diesen Angriff auf die Taschen der Mehrheit der Kolumbianer zurückweisen.« Am kommenden Mittwoch sind Kundgebungen in allen Provinzhauptstädten des südamerikanischen Landes angekündigt, und für den 13. Dezember mobilisieren die CUT, weitere Gewerkschaften und

Studierendenorganisationen zu einem landesweiten, 24stündigen Generalstreik.

Während Carrasquilla erklärte, dass die Einschnitte nicht zur Debatte stehen könnten, zeigte sich Duque auch aufgrund sich formierenden Widerstands im Kongress gesprächsbereit. Zugleich verteidigte er die Maßnahmen. Die »Reformen« sollten vor allem dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit kolumbianischer Unternehmen zu erhalten, da diese letztlich Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen würden. Dem widersprach Gustavo Petro, der als Kandidat der Linken Duque erst in der Stichwahl um das Präsidentenamt am 17. Juni unterlegen war. Eine Ausweitung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel bedeute »für alle Kolumbianer eine reale Einkommenskürzung«. Die Gewerkschaften sollten daher gemeinsam mit Bauern, Indigenas und Studierenden gegen die Politik der Regierung kämpfen.

- [f teilen](#)
- [tweet](#)
- [g+1](#)
- [Ausdrucken](#)
- [Versenden](#)
- [Leserbrief schreiben](#)

Lesetip abgeben

-
-
-

Artikel empfehlen:

Login erforderlich

Infos und Verweise zu diesem Artikel:

- [Leserbriefe](#)
- [Ähnliche](#)
- [Regio](#)

Leserbriefe zu diesem Artikel:

Marc Anthon: Politische Schreibirungen »Studierende« sehe ich auf dem Bild nicht, es könnten aber Studenten sein. Singular: der Student, die Studentin – aber Plural: die Studenten. »Studierende« ist eine Partizipialform, die aussagt, dass ...

Mehr aus: **Ausland**

Eine Rüge aus Brüssel

EU verurteilt jüngste Festnahmen in der Türkei. Forderung nach Freilassung von Demirtas

Einigung in Sicht

London und Brüssel verständigen sich vor »Brexit«-Gipfel auf Erklärung

Taktischer Rückzug

Polens Parlament hebt Teil von Justizreform auf. Regierungsbildung in Wojewodschaften

Reinhard Lauterbach, Poznan

Stimmungsmache aus London

Merkel gibt ihr Bestes

»Saudischen König zur Rechenschaft ziehen«

Kollege »Pirol«

Beilage:
Behindertenpolitik
Erscheint am 28.11.2018.

jW stärken!

Wie geht Klassenpolitik heute?

Recht auf eine gute Zeitung,
Teil 2: Die Abobörse

Vor der Revolution kommt
das Revolutionsabo



Britisches Institut warnt vor Attacken gegen »westliche Werte«

Franziska Lindner

[Landraub auf Golanhöhen](#)

Bewohner der syrischen Provinz Kuneitra berichten von israelischer Hilfe für bewaffnete Gruppen

Karin Leukefeld, Kuneitra

[Seitenanfang](#)



ANZEIGE



Von Lesern empfohlen:

[Nachschlag: Eingeweideschau](#)

[Offener Brief israelischer Intellektueller zur Antisemitismuskonferenz der Regierung Österreichs](#)

[Wut der Rentner](#)

Top 20 der letzten...

[12 Monate / 48 Stunden](#)

Die junge Welt wird von

2135

Genossinnen und Genossen
herausgegeben.
(Stand: 12.10.2018)

Termine

Palästinensische Filmtage:

Junktion 48 von Udi Aloni

29.11., 19:00 Uhr, Brotfabrik

Beuel, 53225 Bonn

PLZ-Bereich:

ANZEIGE



jW-Shop

Viva La Habana ★ 2019

RUBRIKEN

[Titel](#) [Schwerpunkt](#) [Ansichten](#) [Inland](#) [Ausland](#) [Kapital & Arbeit](#) [Thema](#) [Feuilleton](#) [Sport](#) [Abgeschrieben](#) [Leserbriefe](#)
[Politisches Buch](#) [Betrieb & Gewerkschaft](#) [Antifa](#) [Medien](#) [Feminismus](#) [Geschichte](#) [Beilagen](#) [Wochenende](#) [Presse global](#)

ARCHIV

[Dossiers](#) [Thema](#) [Reportagen](#) [Serien](#) [Interviews](#) [Zitate](#) [Regio](#) [Blog-Archiv](#) [Suche](#)

SERVICE

[Anzeigen](#) [Abo-Service](#) [Probeabo](#) [Kiosk](#) [Newsletter](#) [RSS-Feed](#) [Terminkalender](#) [Shop](#) [AGB](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)

UNTERSTÜTZEN

[Über uns](#) [Abonnieren](#) [Genossenschaft](#) [Aktion](#) [Spenden](#)

PROJEKTE

[Ladengalerie](#) [Fotowettbewerb](#) [Rosa-Luxemburg-Konferenz](#) [Melodie und Rhythmus](#) [Bibliothek des Widerstands](#) [Buchmesse Havanna](#)
[Granma](#)

Vor dem Aufrufen dieser Website

Die Erweiterung wurde um zwei neue Funktionen erweitert:

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

© JUNGE WELT | IMPRESSUM / DATENSCHUTZ

Isolationsmodus: Bietet zusätzlichen Schutz beim Aufrufen gefährlicher Websites, die Malware oder Browser-Exploits enthalten